

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) im Frühjahr 1955

Einen Tag vor dem 1. Mai veröffentlichte die Staatliche Plankommission der SBZ den Bericht über das erste Quartal 1955, der nach der bisherigen Übung erst am 15. Mai fällig gewesen wäre. Diese besondere Eile galt dem „Feiertag der Werktätigen“, an dem die Pankower Regierung ihre wirtschaftlichen Erfolge propagandistisch auswerten wollte. Wie üblich wurden fast nur Prozentzahlen genannt. Jeder statistisch Erfahrene weiß, daß mit solchen Prozentzahlen jeder gewünschte Eindruck erweckt werden kann. Wenn man dies jedoch berücksichtigt und die gemeldeten Zahlenwerte den möglichen Kontrollrechnungen unterzieht, dann bleiben folgende Tatsachen bestehen:

Die Produktionsergebnisse waren wertmäßig, ganz zu schweigen von dem mengenmäßigen Ergebnis, geringer, als der Plan vorschrieb, was in erster Linie auf die ungenügenden Leistungen der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie zurückgeht. Die Privatindustrie und das Handwerk konnten zwar auch nicht mehr eine gleich schnelle Ausdehnung ihrer Erzeugung wie im Durchschnitt des letzten Jahres erreichen, aber sie lagen in ihrem Ergebnis günstiger als die Staatsbetriebe.

Daß diese Betriebe die von ihnen als eine der Voraussetzungen für die Steigerung der staatlichen Einnahmen und für die Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards geforderte Senkung ihrer Produktionskosten wieder nicht erreichten, überrascht nicht; denn schon seit Beginn des Fünfjahrplanes mußte Pankow in diesem Punkt eine Fehlanzeige machen. Ulbricht mußte kürzlich eingestehen, daß das Ziel des Fünfjahrplanes hinsichtlich der Senkung der Produktionskosten und der Steigerung der Arbeitsproduktivität weder in der gesamten Industrie noch allein in den staatlichen Betrieben erreicht werden kann, was die SBZ-Wirtschaft seit 1951 Milliardenverluste gekostet hat. Noch schlechter hat der staatliche Einzelhandel gewirtschaftet, dessen Zirkulationskosten statt um 19,2 nur um 8,8 vH gesenkt worden sind. Dieses für die Planwirtschaftler Pankows unerfreuliche Bild kann auch nicht durch die Entwicklung im ersten Quartal 1955 günstiger gefärbt werden.

Zum erstenmal seit 1950 soll jetzt nämlich der Wert der in einer Arbeitsstunde erzeugten Warenmenge schneller gewachsen sein als der dafür ausgezahlte Lohn. Hierin drücken sich die staatlichen Zwangsmaßnahmen aus, die im Erzbergbau und vor allem in der Sowjetisch-Deutschen AG Wismut (SDAG-Wismut) zu an-

geblich freiwilligen Normerhöhungen führten. Die Kumpel sollen beschlossenen haben, bei gleicher Arbeitsleistung auf Teile ihres Lohnes zu verzichten. Damit hat die Pankower Regierung das Beispiel, dessen Nacheiferung sich die Industriearbeiter der Zone — so hofft sie — nicht entziehen werden können.

Doch die Normenbearbeiter und die SED-Parteisekretäre in den Betrieben spüren täglich den zähen, stillen Widerstand der Arbeiter, und in einzelnen Fällen ist es schon zu erbitterten Auseinandersetzungen gekommen. Pankow glaubt, den Weg einer staatlich befohlenen Normerhöhung, den es vor zwei Jahren mit einem so kläglichen Ergebnis beschriftet hatte, in diesem Jahre vermeiden zu können, und hofft auf die mit mehr oder weniger „sanftem“ Druck erreichte freiwillige Leistungssteigerung der Arbeiter. Originellerweise sind hierbei gerade die Brigaden, also die untersten Arbeitskollektive, zu einem schweren Hindernis geworden. Die SED hatte sie nach russischem Vorbild in allen Betrieben geschaffen, um die betriebliche Kostenrechnung sowie die arbeitstechnische Kontrolle verfeinern und die unter begünstigten Umständen erreichten Leistungen von Bestarbeitern zur Leistungsnorm für die Brigadenmitglieder machen zu können. Die SED müßte in jeder Brigade einen linientreuen Vertrauensmann besitzen, um in dem von ihr gewünschten Umfange Einfluß auf die Arbeitsleistung der einzelnen Arbeiter nehmen zu können. Doch so viel Linientreue, wie hierfür gebraucht würde, kann die SED niemals auf die Beine stellen.

*

Gerade in der letzten Zeit muß sie sehr viele Klagen und Beschwerden einstecken, weil die Versorgungslage jetzt schlechter ist als vor einem Jahr. Die Plankommission in ihrem Bericht und *Grotewohl* in einer Rede mußten — allerdings nach mehrwöchiger Verspätung — zugeben, daß die Butter nicht reicht, daß die Getreideernte so katastrophal war, daß das Getreide höher ausgemahlen, d. h. ein qualitativ schlechtes Brot zum gleichen Preise angeboten werden muß, und daß für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie eine weitgehende Verbrauchseinschränkung für Zucker angeordnet werden mußte. Wie in den schlechtesten Zeiten wird die Limonade mit Sacharin gesüßt. Die Einstellung des freien Zuckerverkaufes im staatlichen Einzelhandel ab Ende Januar 1955 hat also nicht ausgereicht, um die im Inland verfügbaren Zuckermengen vor zu schnellem Verbrauch zu schützen, und wurde nötig, um die Zuckerexporte des traditionellen Zuckerüberschußgebietes Mitteldeutschlands nicht in Mitleidenschaft zu ziehen.

Auch auf anderen Gebieten der Lebensmittelversorgung ist es zu örtlich unterschiedlich schweren Störungen gekommen. Die „Berliner Zeitung“ klagt über das Fehlen von Bock-

würsten auf den Ostberliner Fernbahnhöfen, und in Leserbriefen aus der Zone wird immer wieder auf die Einseitigkeit und Lückenhaftigkeit des Fleischangebotes hingewiesen. Die Strafkammer des Kreisgerichtes Dessau verurteilte eine Frau zu 500 Ostmark Geldstrafe, weil sie täglich zwei Brote an ihr Kleinvieh verfüttert und damit die menschliche Ernährung gefährdet habe. Die Volksrichterin hat bei diesem Urteil sicher völlig übersehen, ein welch trauriges Zeugnis sie damit der sowjetzonalen Wirtschaft ausgestellt hat. Sie hätte sich besser darum kümmern sollen, woran es liegt, daß die Hausfrauen beim Einkauf von Butter oder der meist nur zum Kochen verwendbaren und in der letzten Zeit wieder sehr knapp gewordenen HO-Margarine diese in Packpapier, eingewickelt erhalten, wenn sie nicht selbst besseres Papier mitbringen. Pergamentpapier ist zu einem seltenen Luxusartikel geworden.

Die „Regierung“ spricht selbst von einem „Zurückbleiben der Landwirtschaft“ und hat eine lange Verordnung erlassen, nach der die Erzeugung pflanzlicher und tierischer Produkte bis zum Überfluß gesteigert werden soll, und zwar zusätzlich zum Volkswirtschaftsplan, der demnach der augenblicklichen Situation nicht Rechnung getragen hat. Doch diese Verordnungen haben einen peinlichen Beigeschmack. Sie stehen nur auf dem Papier, sollen Unzufriedene beruhigen und der „Regierung“ als Alibi dienen. Wenn es nun immer noch nicht klappt, dann kann das nur an den Bauern liegen. Die planwirtschaftlichen Befehlsstellen fühlen sich völlig unschuldig. Sie vereinbarten mit der Sowjetunion zusätzliche Lieferungen in die SBZ, die unter anderem auch Wolle, Baumwolle und Getreide umfassen. Sie wiesen natürlich nicht besonders darauf hin, daß die Bezüge der Zone in erster Linie aus Koks, Walzmaterialien und Rohren bestehen, also der Schwerindustrie dienen. Der „neue Kurs“ ist ja tot, wozu soll man noch von ihm sprechen? Stalin hatte eben doch recht, wenn er eine ständige Bevorzugung der Grundstoff- und Schwerindustrie forderte, denn das erste Ziel der Zonenwirtschaft ist die Sicherung des „Kampfes um den Frieden“, mit anderen Worten, die nunmehr offiziell betriebene Aufrüstung Mitteldeutschlands.

*

Die Maifeiern standen stärker als in den letzten Jahren unter diesem Motto. In den Städten der Zone marschierten die Arbeitswilligen, darunter auch Frauen, in dunklem Overall mit Skimütze und Maschinenpistole auf, bemerkenswerterweise kein russisches Modell mit Trommelmagazin, sondern deutsches Fabrikat aus Suhl. Sehr feinführend zeigte man sich dadurch, daß in Ost-Berlin die Polizeiverbände und „Friedenskämpferformationen“ unbewaffnet aufmarschierten, oder wollte man so pro-

minente Ziele der allgemeinen Verehrung, wie sie die *Wollweber*, *Ulbricht* und Konsorten darstellen, nicht den Mündungen von Maschinenpistolen aussetzen? Mit dem Auftreten von Fallschirmspringern und Froschmännern der „Gesellschaft für Sport und Technik“ zeigte die SED, daß sie mit ihrer militärischen Ausbildung durchaus nicht auf die Ratifizierung der Pariser Verträge gewartet hat und dem Amt Blank der Bundesrepublik um viele Nasenlängen voraus ist.

Von den echten Anliegen der Arbeiterschaft, wie sie sich in den Maiparolen des DGB widerspiegeln, war in den über 80 Maiparolen der SED und des FDGB nichts zu spüren. Dort sollte sich einer wagen, für die 40-Stunden-Woche, höhere Löhne, gesteigerte soziale Sicherheit, gesicherte Mitbestimmung und verbesserten Arbeitsschutz zu demonstrieren! Statt dessen las man auf den Transparenten neben den üblichen Lobeshymnen auf die „brüderliche Sowjetunion“ immer wieder die Forderung nach Waffen und Wehrhaftigkeit.

Als *Wilhelm Pieck* am 1. Mai 1952 die Aufstellung nationaler Streitkräfte zur „bewaffneten Verteidigung der Heimat“ forderte, da dachte er nur an äußere Feinde. Die Erfahrungen des 17. Juni 1953 haben der SED jedoch gezeigt, daß sie viel mehr gegen den inneren Widerstand gewappnet sein muß. Und sicherlich sind die aus ausgewählten Genossen bestehenden Arbeiterwehren und Kampfgruppen der volkseigenen Betriebe im Hinblick auf die Lohnsenkungsmaßnahmen der „Regierung“ und die daraus möglicherweise resultierenden Erscheinungen, ähnlich wie im Juni 1953, aufgestellt worden.

Die Werbekampagne für die Vopo wird schärfer als je zuvor geführt. Die SED-Presse kennt dabei keine Hemmungen mehr. „Wir Kumpel vom VEB Steinkohlenwerk Freital legen unsere Hände nicht furchtsam in den Schoß, sondern greifen zu den Waffen. Pazifismus dulden wir nicht . . .“, so schrieb die „Sächsische Zeitung“, Dresden, am 30. April 1955. Nicht nur diemännliche, sondern auch die weibliche Jugend wird im Schießen, Geländedienst und Fallschirmspringen ausgebildet. In den letzten Tagen änderte die staatliche Einheitsjugendorganisation FDJ ihr Statut. Künftig ist es für Mitglieder der FDJ eine „Ehre und Pflicht, die Reihen der bewaffneten Kräfte zu stärken, den Dienst daran gewissenhaft zu erfüllen und in der militärischen und politischen Ausbildung an der Spitze zu stehen.“ In den bewaffneten Formationen der Polizei sollen besondere FDJ-Organisationen gebildet werden, die als eine Art Elite die Jugendlichen so erziehen sollen, daß sie „für unsere Arbeiter- und Bauernmacht ihr Leben einsetzen“.

Sicherlich dient auch die Militarisierung der Jugend mehr inneren als äußeren Zielen, und ganz gewiß ist der staatliche Wunsch zur

Wehrhaftmachung der Jugend wesentlich stärker als die Bereitwilligkeit der Jugend selbst — eine bemerkenswerte Übereinstimmung der Einstellung der west- und mitteldeutschen Jugend, die das Märchen vom unausrottbaren deutschen Hang zum Soldatenspielen stark erschüttert —, und doch darf man nicht vergessen, daß die kommunistische Theorie vom gerechten Krieg jeden Angriffskrieg auf einen nichtkommunistischen Staat gutheißt und die mangelnde Wehrfreudigkeit der mitteldeutschen Jugend mit den Methoden eines totalitären Staates sehr wohl aufgefrischt werden kann.

Die Medizinstudenten der Universität Greifswald mußten diese Erfahrung kürzlich auf eine sehr drastische Weise machen. Ihre Proteste gegen die zum 1. September 1955 beschlossene Umwandlung ihrer Fakultät in eine „Akademie für Militärärzte“ wurden von Polizei und Staatssicherheitsdienst mit Gefängnis und Prügel beantwortet. Es half den Studenten nichts, daß sie sich darauf beriefen, daß dem katastrophalen Ärztemangel in der Zone nicht mit der Ausbildung von Militärärzten zu begegnen sei. Solche sachlichen Argumente werden als objektivistisch und damit schädlich vom Staat abgelehnt.

Die militärischen Pläne Pankows reichen von der Ausnutzung der Atomkraft bis zur Aufstellung einer Luftwaffe. Schon 1951 begannen unter dem Siegel strengster Geheimhaltung die Vorarbeiten für eine sowjetzonale Atomforschung in dem Kernforschungsinstitut Miersdorf bei Zeuthen der Ostberliner Akademie der Wissenschaften. Kürzlich erteilte die Sowjetunion nach der Rücksendung der bekannten deutschen Wissenschaftler *Hertz* und *v. Ardenne* die offizielle Genehmigung für eine verstärkte Atomforschung in der SBZ — natürlich zu rein friedlichen Zwecken, was gewiß von niemandem bezweifelt wird. Und daß in Kottbus und anderen Städten der Zone die Vopos mit den hellblauen Spiegeln am Kragen schon seit Jahren an sowjetischen Militärflugzeugen ausgebildet und im sog. Aero-Club zusammengefaßt werden, ist auch kein Geheimnis mehr.

Ulbricht kündigte den Aufbau einer eigenen Flugzeugindustrie an, natürlich ebenfalls nur für friedliche Transportbelange. Wenn ihm schon die so notwendige Verbesserung des Transportwesens am Herzen liegt, dann bieten ihm die demontierten Eisenbahngleise, die schlechten Straßen und die ungenügende Lkw-Produktion der Zone reichlich Gelegenheit, sich zu betätigen.

*

Das starke Wirksamwerden militärischer Bestimmungsründe hat für die Wirtschaft Mitteleuropas nicht zu übersehende Folgen. Wirtschaftlich betrachtet, bedeutet die militäri-

sche Bindung von Geld- und Sachwerten in jedem Falle eine unproduktive Inanspruchnahme eines Teiles des Sozialprodukts. Wenn aber eine Volkswirtschaft ohne Reserven quasi aus der Hand in den Mund lebt wie die Wirtschaft der SBZ und ihren Menschen schon im Frieden eine Versorgungslage zumutet, die mit einem normalen friedlichen Niveau nur sehr wenig gemeinsam hat, dann trägt der einzelne die verstärkten wirtschaftlichen Entbehrungen, die in diesem Falle bei einer Aufrüstung unvermeidlich sind, nur so lange, als sie ihm um größerer Ziele willen notwendig erscheinen. Die Zahl der wirklich echten Anhänger dieser Überzeugung ist jedoch in der SBZ sehr gering, und selbst in den Reihen der SED ist es über die militärischen Maßnahmen Pankows zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen.

An der Entwicklung der Flüchtlingszahlen läßt sich ungefähr der Druck abschätzen, dem die Bewohner der SBZ durch das von ihnen nicht gewählte Regime ausgesetzt sind. Seit August 1954 lag im April 1955 zum ersten Male die monatliche Flüchtlingszahl über 10 000. Daraufhin mußten in West-Berlin drei stillgelegte Flüchtlingslager wieder in Benutzung genommen werden. Gegenwärtig leben in dieser Stadt 40 000 nicht anerkannte Flüchtlinge, von denen 29 000 ständig unterstützt werden. Die Zahl der Rückwanderer in die Zone hat in der letzten Zeit zwar leicht zugenommen, kann aber den gleichzeitigen Menschenverlust der Zone noch längst nicht ausgleichen. Immer mehr Rückwanderer flüchten ein zweites Mal. Nicht nur die Landwirtschaft der SBZ klagt über Arbeitskräftemangel, sondern die Flüchtlingsbewegung ist auch an der Facharbeiterschaft nicht spurlos vorbeigegangen, so daß in Verbindung mit dem starken Ausbau der Schwerindustrie in gewissen Bereichen der Industrie ein Mangel an Facharbeitern besteht.

*

In diesem Zusammenhange gewinnt eine kürzlich erlassene „Verordnung zur Beschäftigung von Tbc-Rekonvaleszenten“ eine besondere Bedeutung, weil sie einerseits erkennen läßt, daß diese Seuche wegen des allgemeinen Gesundheitszustandes in Mitteleuropa nach wie vor sehr ernst genommen werden muß und andererseits ihre Bestimmungen vorsehen, daß der Mangel an Arbeitskräften durch die Heranziehung von Tbc-Rekonvaleszenten gemildert werden soll. Der Präambel dieser Verordnung sind bemerkenswerte Hinweise für den wirtschaftspolitischen Zweck zu entnehmen. Die Arbeit der Teilgeschädigten soll „der Gesellschaft von großem Nutzen sein“; außerdem sollen sie in die Lage versetzt werden, „ihre Familie selbst zu erhalten“. Pankow will also mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Es will außer dem Arbeits-

kräftemangel auch die starke Belastung des öffentlichen Etats durch die Unterstützungszahlungen für die Tbc-Kranken und ihre Familien senken.

Der von dieser Verordnung betroffene Kranke muß sich dem staatlichen Befehl zur vorzeitigen Arbeit beugen. Er hat keinerlei Rechtsmittel dagegen. Dies ist ein typisches Beispiel dafür, wie in diesem angeblich so sozialen Staat die Verwaltung von sich aus Anordnungen mit Gesetzeskraft erlassen kann, ohne daß eine parlamentarische Einrichtung dazu bemüht wird. Obwohl von vornherein feststeht, daß das Scheinparlament der SBZ allen derartigen Akten der Verwaltung zustimmt, kann man es sich leisten, auf diese parlamentarische Geste zu verzichten.

Bereits während der Kur muß sich der Patient einer Umschulung unterziehen, wenn sein ursprünglicher Beruf nicht mehr für ihn geeignet ist. „Eine Beeinträchtigung des Kurverlaufes ist dabei zu vermeiden“; eine sehr theoretische Floskel. Die Rekonvaleszenten können auch Halbtagsarbeit ausüben, auf jeden Fall aber in den Betrieben, die die dafür zuständigen, neugebildeten Kommissionen ausgewählt haben. Wo es der angegriffene Gesundheitszustand erfordert, werden die Rekonvaleszenten nachts im betrieblichen „Nachtsanatorium“ untergebracht, damit der Betrieb nicht am Tage auf ihre Arbeitsleistung verzichten muß. Diese schamlose Ausbeutung kranker Menschen, die zugleich eine Gefährdung der gesunden bedeutet, wäre in einem normalen Rechtsstaat einfach unmöglich. Für die Privatbetriebe gilt noch eine Sonderregelung. Sie sind verpflichtet, ihre Rekonvaleszenten wieder zu beschäftigen — unabhängig von der Eignung des Berufes — oder sie in einem anderen Betriebe unterzubringen.

*

Erheblichen propagandistischen Aufwand treibt die Sowjetzonen-Presse augenblicklich mit dem *Feriedienst* des FDGB. Es ist bestimmt begrüßenswert, wenn den Arbeitnehmern Gelegenheit gegeben wird, für relativ wenig Geld eine vierzehntägige Urlaubsreise unternehmen zu können, obwohl Ort und Zeit des Ferienaufenthaltes nur in wenigen Fällen mit den Wünschen der Betroffenen übereinstimmen. Wenn man aber bedenkt, daß von den etwa 6,2 Millionen unselbständig Beschäftigten der SBZ 5,43 Millionen zum FDGB gehören und die Ferienplätze nur den Mitgliedern des FDGB und ihren Angehörigen, also einem Kreis von etwa 10 bis 12 Millionen Menschen, zur Verfügung stehen, dann zeigt die Zahl der im Jahre 1954 bereit gehaltenen Ferienplätze von 998 000, die wegen erwiesener organisatorischer Mängel nicht einmal voll ausgenutzt worden sind, daß der Propagandaufwand völlig unberechtigt ist. Außerdem

muß man berücksichtigen, daß größere Familien kaum die Möglichkeit erhalten, gemeinsam an den gleichen Urlaubsort zu reisen, und daß die gesamte Ostseeküste für alle die Erholungsuchenden gesperrt ist, die nicht mit dem Feriedienst des FDGB oder anderen staatlichen Einrichtungen dorthin reisen. Die Polizeiamter der Badeorte, bei denen sich jeder Feriengast innerhalb 48 Stunden zu melden hat, müssen alle „unberechtigten Badegäste“ unverzüglich zurückschicken.

*

Um eine andere „volkseigene“ Errungenschaft ist es jetzt zu lebhaften Diskussionen gekommen. Es handelt sich um die — nach sowjetischem Vorbild — neben Lohn und Gehalt an Arbeiter und Angestellte der volkseigenen Wirtschaft gezahlten *Prämien*. Diese werden aus dem „Direktorfonds“ finanziert, der bei Gewinnbetrieben aus dem Überschuß und bei Verlustbetrieben aus staatlichen Zuwendungen gespeist wird. In jedem Jahre wird die Verwendung des „Direktorfonds“ neu geregelt. Die diesjährige Regelung zeigt, daß die staatliche Verlustwirtschaft (mehr als ein Viertel der Staatsbetriebe arbeitet mit Verlust!) durch eine Einschränkung der stets zu Lasten der Staatseinnahmen gehenden „Direktorfonds“ etwas saniert werden soll, weil der Staat glaubt, daß die Arbeitsfreudigkeit steigt, wenn dem Beschäftigten klargemacht wird, daß er nur dann mit Prämien rechnen kann, wenn bei Industriebetrieben der Plan der Warenproduktion, der Plan der Selbstkostensenkung und der Gewinnplan erfüllt bzw. der geplante Verlust nicht überschritten und bei Handelsbetrieben der Warenumsatzplan, der Plan der Zirkulationskosten und Gewinn- bzw. Verlustplan eingehalten werden.

„Die materielle Interessiertheit des gesamten Kollektives der Arbeiter, Angestellten und des leitenden Personals“ an den Ergebnissen ihrer Arbeit soll gesteigert werden. Dies scheint also sehr nötig zu sein. Wenn nämlich auch nur eine der geforderten Voraussetzungen nicht erfüllt wird, dann erhält der „Direktorfonds“ nicht Zuführungen in Höhe von 4 bis höchstens 5½ vH, sondern nur von 1½ vH der geplanten, nicht etwa der ausgezahlten und meist weit überschrittenen Lohnsumme. Die kleineren volkseigenen und kommunalen Dienstleistungs- und Versorgungsbetriebe dürfen den „Direktorfonds“ grundsätzlich nur in Höhe von 1½ vH der Plan-Lohnsumme bilden. Aus diesen 1½ vH sind aber, und das ist zwingend vorgeschrieben, die allgemeinen sozialen und kulturellen Einrichtungen des Betriebes und die Aufwendungen des Erfindungs- und Vorschlagswesens zu finanzieren, so daß aus diesem Fonds für individuelle Prämien keine Mittel mehr zur Verfügung stehen.

Dies droht sich verhängnisvoll auf das Wettbewerbswesen auszuwirken. Bekanntlich werden die Belegschaften ganzer Betriebe oder auch einzelne Brigaden zu Wettbewerben gegeneinander veranlaßt, deren Sieger dann mit Prämien belohnt werden. „Was wird aus den Wettbewerben, wenn wir keine Prämien zahlen können?“ Diese Frage vieler FDGB-Funktionäre wurde im SED-Organ „Neues Deutschland“ wie folgt beantwortet: „Offenbar übersehen viele Funktionäre, daß bei uns die Arbeit immer mehr zu einer Sache der Ehre und des Heldentums wird. Viel zuwenig beachten wir, daß auch eine öffentliche Ehrung von Arbeitern, Meistern, Ingenieuren und Wirtschaftlern, die ausgezeichnet gearbeitet haben, ein bedeutender moralischer Ansporn für sie und die anderen Kollegen ist, neue hohe Produktionsleistungen zu vollbringen. Die Auszeichnung mit einem Wimpel, einer Wanderfahne oder als ‚Beste Brigade‘, ‚Bester Maurer‘ oder ‚Bester Dreher des Betriebes‘ wird von den Kollegen mit Hochachtung gewürdigt.“ *Robert Ley* würde, wenn er noch könnte, laut Beifall klatschen. Ob aber mit solchen Maßnahmen wirklich die Qualität der Arbeit zu heben ist und damit die hohen Staatszuschüsse für die Wirtschaft beseitigt werden können, muß bezweifelt werden.

Weniger finanzielle als vielmehr politische Gründe haben dagegen zwei Maßnahmen bestimmt, die den innerdeutschen West—Ost-Handelsverkehr betreffen. Die rigorose Erhöhung der Straßenbenutzungsgebühr für alle

Kraftfahrzeuge aus Westdeutschland und West-Berlin sollte zeigen, daß es Pankow mit seinen Drohungen, es werde aus der Ratifizierung der Pariser Verträge Konsequenzen ziehen, ernst gemeint hatte. Zugleich sollte die wirtschaftliche Situation West-Berlins erschwert werden. Die Bewohner dieser Stadt sind jedoch an solche Schreckschüsse gewöhnt und fassen sie als nachträgliche Quittung für die verheerende Wahlniederlage der SED im November vorigen Jahres auf. Fast gleichzeitig kündigte Pankow den am 25. August 1953 als Zusatzabkommen zum Interzonenhandelsabkommen geschlossenen Stromlieferungsvertrag, nach dem von Hamburg Strom nach Mecklenburg und dafür aus Ost-Berlin bzw. dem Randgebiet Strom nach West-Berlin geliefert worden ist. Zwei Drittel der Strommenge von Hamburg blieb in der SBZ, ein Drittel wurde nach West-Berlin geleitet. Der Ausfall der Stromlieferungen ist für West-Berlin nach dem Aufbau des großen Kraftwerkes Ernst Reuter bedeutungslos. Ob dagegen die Stromabnehmer Mecklenburgs bei der seit Jahren in der SBZ herrschenden Stromknappheit sehr erfreut sein werden über das Abdrosseln des Stromes aus Hamburg, ist wenig wahrscheinlich. Doch das sind Erwägungen, die bei dem politischen Konzept Pankows untergeordnete Bedeutung haben. Man fühlt sich so stark, daß man in Kauf nimmt, daß die gleichzeitigen gesamtdeutschen Liebeschwüre sehr schlecht zu solchen Handlungen passen.

Walter Meier